

## Neues Gesetz zur inneren Sicherheit

Der Militär-Chef Chaovalit hat am 23. August in seiner Eigenschaft als Chef des ISOC (Internal Security Operation Command) den Vorschlag gemacht, das alte Antikommunismus-Gesetz durch ein neues Gesetz zur Inneren Sicherheit abzulösen.

In einem Schreiben an das Kabinett vom 22. August (!) hat er vier Bereiche genannt, die von dem neuen Gesetz erfaßt werden sollten:

1. Die Sicherheit von Staat, Religion und Monarchie;
2. Die Sicherheit des demokratischen Systems mit dem König als Staatsoberhaupt;
3. Die guten Sitten, Traditionen und Kultur des Landes sowie
4. alle Aktivitäten, deren Erfassung durch das neue Gesetz notwendig und angemessen erscheinen.

Von Politikern als auch Studenten wird einerseits begrüßt, daß die alten Antikommunisten-Gesetze abge-

schafft werden sollen, andererseits wird aber kritisiert, daß das neue Gesetz dem Staat zu viel Macht einräumt und die beiden letzten Punkte so weit gefaßt sind, daß sie gegen alles und jeden benutzt werden könnten.

Der Führer der Prachakorn Thai Partei, Samak Sundaravet, hat davor gewarnt, daß mit der Einführung eines solchen Gesetzes Zustände wie in Malaysia eintreten könnten. Vor einer Verabschiedung müsse der Vorschlag ganz genau vom Parlament geprüft werden. Eine Sprecherin des thailändischen Studentenverbandes SFT sagte auf einer Pressekonferenz: "(Das neue Gesetz) gäbe den Behörden zu viel Macht, und ich glaube nicht, daß die Menschen einen neuen Kragen haben wollen, der noch enger ist als der alte." Des weiteren kritisierte sie die Art und Weise, wie diese Angelegenheit von Chaovalit behandelt wurde:

Normal wäre es, wenn eine Abteilung der zuständigen Behörde einen Gesetzesentwurf anfertige, der dann dem Kabinett zugeleitet würde, statt wie hier direkt per Brief vom Kabinett die Zustimmung zu einem Vorschlag zu fordern, ohne daß der genaue Inhalt bekannt sei.

Chaovalit selbst meinte, daß die Bestimmungen in seinem Vorschlag mit Absicht so weit gefaßt wären, da davon alle Versuche der Gefährdung der nationalen Sicherheit erfaßt werden sollten.

Das Kabinett hat den Nationalen Sicherheitsrat (NSC) damit beauftragt, daraus ein neues Gesetz zu machen. Der NSC-Vorsitzende hat angekündigt, daß erst die Meinung aller relevanten Gruppen dazu eingeholt würden bevor ein Vorschlag im Parlament eingebracht werde.

vgl BP 1.,4.,5.,6.& 7.9.89

## Neue Staudamm-Pläne

Die thailändische Stromerzeugungs-Behörde EGAT beabsichtigt, in Surat Thani/Südthailand und in Ubon Ratchathani/Nordostthailand neue Staudämme zu bauen. Erst letztes Jahr hatte die EGAT nach längeren, immer heftiger werdenden Protesten ein größeres Staudamm-Projekt in einem Naturschutzgebiet im Westen des Landes aufgeben müssen (Nam Choan-Damm Projekt). Die Reaktion auf diese beiden neuen Projekte ist jedoch sehr unterschiedlich.

Die Bevölkerung in Ubon ist gegen den Bau eines Damms an der Mündung des Mun-Flusses in den Mekong. In dieser flachen Gegend einen Damm zu errichten, hieße große Landflächen unter Wasser setzen zu müssen. Außerdem würde dadurch der Zug der Fische stromaufwärts in den Mun-Fluß verhindert und einige der wenigen Touristen-Attraktionen unter Wasser gesetzt. EGAT hat inzwischen versprochen, die Stauhöhe niedriger anzusetzen.

In der Provinz Surat Thani gibt es praktisch zwei Lager. Bauern sind gegen den Bau eines Mehrzweck-Dammes, der den Namen Kaeng Krung erhalten soll, weil dadurch noch mehr Wald zerstört werde. Dagegen sind die Dorf- und Bezirks-Bürgermeister für den Bau (Die EGAT hatte hier Funktionsträger lange umworben.). Worauf diese jedoch drängen, ist die vollständige Abholzung des 21.500 Rai (ca. 3.600 qkm) großen Waldes, da im neuen, nahegelegenen Chieo Larn Stausee verrottes Holz das Wasser verseucht hat, so daß er für Landwirtschaft und Fischzucht ungeeignet ist. Außerdem soll von EGAT ein Fonds gegen eventuelle Umweltschäden eingerichtet werden. Der Damm soll in drei Jahren fertig sein, 3 Mrd. Baht (210 Mio. DM) kosten, 180 Mio. kWh Strom erzeugen und das Zehnfache seiner Fläche bewässern.

vgl. BP 2.,5.-7.9.,18.10.

## Erdbeben gegen Wohnsilos

Ein Erdbeben der Stärke 6 auf der Richterskala hat Anfang Oktober die Euphorie der Bauherren gebremst, die in Chiang Mai sogenannte Condominiums errichten wollen. Nachdem in Bangkok das "Condominium-Fieber" schon bald mangels Platz vorüber sein dürfte, haben in Chiang Mai die Bodenpreise spekulativ angezogen und sind die ersten Baupläne für Condominiums aufgetaucht. Dagegen hat es Protest der lokalen Bevölkerung gegeben, der durch das Erdbeben neue, ungewollte, Unterstützung erfahren hat. Ob sich die Baulöwen davon jedoch nachhaltig haben abschrecken lassen, ist zweifelhaft.

vgl. BP 3.9., 4.,18.10.89

## Exportboom für Reis

Der Direktor der Export-Abteilung des Handelsministeriums hat Anfang Oktober bekannt gegeben, daß die Exporte von Reis zwischen Januar und Oktober dieses Jahres einen neuen Rekord erwarten ließen. In diesem Zeitraum wurden etwas über 5 Mio Tonnen Reis verschifft, eine Steigerung zum Vorjahr um 56%, und die Prognosen laufen auf einen Export von 5,5-6 Mio Tonnen für das gesamte Jahr hinaus. Der lokale Preis für Reis bewegt sich zwischen 825 und 700 Baht/100 Kilo-Sack, je nach Qualität. Der hohe Preis erfreut allerdings nur die Händler, da die städtische Bevölkerung, aber auch die Landarbeiter die hohen Preise zahlen müssen, während die Reisbauern nur unwesentlich mehr für ihren Reis erhalten.

vgl. BP 4.,11.10.89

## Gewerkschaften gegen Kurzzeit-Verträge

Anfang Oktober haben die vier Gewerkschaftsverbände Druck auf die Regierung ausgeübt, das Unwesen der Kurzzeit-Arbeitsverträge zu stoppen. In letzter Zeit haben Unternehmer gezielt versucht, damit Sozialleistungen und Schutzbestimmungen zu umgehen. Als zu erwarten stand, daß ein Komitee des Arbeitsbehörde im Sinne der Gewerkschaften Entscheidungen treffen würde, haben die Unternehmer Besserung gelobt, aber dies erst, nachdem die Gewerkschaften gedroht hatten, Massendemonstrationen auf dem Sanam Luang zu veranstalten.

vgl. BP 4.,11.10.89

## Thai-Burmesische Geschäfte

Ende September hat eine amerikanische Flüchtlingsorganisation die thailändischen Behörden beschuldigt, innerhalb von 10 Tagen etwa 1.000 Burmesen, hauptsächlich Studenten, in der Provinz Ranong verhaftet und nach Victoria Point (Burma) abgeschoben zu haben, wobei eine ganze Reihe von ihnen von burmesischen Truppen danach verhaftet worden sei. Die Behörden in Ranong haben dies bestritten, jedoch seien im August 814 Burmesen aus dieser Provinz abgeschoben worden.

Am 7.11.89 wurden in Mae Sot, Provinz Tak 5 burmesische Studenten abgeschoben, obwohl sie vom Bangkok Büro des UNHCR (Flüchtlingskommissar der UNO) Papiere hatten, die ihnen den Flüchtlingsstatus attestierten.

Am 19.9. sind burmesische und thailändische Militärs in Chiang Mai zusammengetroffen, um gemeinsame Aktionen gegen den Drogenhandel abzusprechen. Da die burmesische Armee mit der Niederschlagung des Widerstandes der demokratischen Opposition beschäftigt ist, hat der Opiumanbau und -Handel einen kräftigen Aufschwung genommen. Außerdem wurden weitere gegenseitige Kommunikationsmöglichkeiten abgesprochen. Vor dem Hotel, in dem das Treffen stattfand, protestierten mehrere Bauern mit Unterstützung örtlicher Studenten dagegen, daß über 300 Häuser durch burmesische Grenzüberfälle zerstört wurden. Die burmesische Regierung hat zwar versprochen, den Schaden von geschätzt 30 Mio. Baht zu ersetzen, jedoch noch nichts bezahlt. Zuletzt waren Mitte Juli reguläre burmesische Truppen über die Grenze gekommen, um aufständische Karen von dieser Seite aus zu bekämpfen. Dabei hatten sie ein ganzes Dorf dem Erdboden gleich gemacht, nachdem die thailändische Armee vorher wohlwollentlich das Dorf hatte räumen lassen.

Anfang November hat Thailand Burma vorgeschlagen, eine joint venture für den Fischfang in burmesischen

Gewässern einzugehen. Außer Thailand verhandeln auch noch Korea, Taiwan und Singapur mit der burmesischen Regierung über Fischereirechte...

vgl. BP 2.,7.,20.9.,4.10.,8.11.89

## Planungsbehörde berät den siebten 5-Jahresplan

Die staatliche Planungsbehörde NESDB (National Economic & Social Development Board) hat im Herbst mit dem Entwurf des siebten Fünfjahresplanes für den Zeitraum 1991 bis 1995 begonnen. Dabei hat der Vorsitzende der 700 Personen umfassenden Behörde, Dr. Amnuay Viravan, klargestellt, daß es darum geht, die Weichen für die Zeit bis über die Jahrtausendwende zu stellen. Der Plan soll im Gegensatz zu den bisherigen keine "Einkaufsliste von Entwicklungsprojekten" werden, sondern der Regierung Entwicklungsstrategien aufzuzeigen und die Wege, die zu deren Durchführung notwendig sind.

Ein Schwerpunkt dabei soll die "Internationalisierung der Wirtschaft" werden, d.h. die Fähigkeit der thailändischen Wirtschaft für ein Bestehen auf dem internationalen Markt soll gestärkt werden.

Desweiteren soll der Plan mehr Nachdruck auf eine breitere Streuung des Einkommens-Zuwachses unter der Bevölkerung legen. Der Vorsitzende des NSC (Nationaler-Sicherheits-Rat) hat dazu bemerkt, daß die faktische alleinige Vorherrschaft des nationalen Großkapitals in der Politik abgebaut werden müsse zugunsten anderer Bevölkerungsgruppen, sonst werde Thailand in Zukunft mit verstärkten sozialen Konflikten zu kämpfen haben.

vgl. BP 17.8.,2.9.,25.10.; NR 11.& 18.8.89

## Pressezensur für ausländische Zeitungen

Das ASIA WALL STREET JOURNAL darf seit dem 2. November 89 in Thailand nicht mehr vertrieben werden, weil es in einem Artikel über die Auseinandersetzungen zwischen dem Sangha (buddhistische Amtskirche) und der Santi Asoke - Sekte berichtet hatte und dabei un-ethische Praktiken des Sangha kritisiert hatte. Darin sah der Presseoffizier der Special Branch (Geheim-Polizei) eine Beleidigung des obersten Patriarchen.

Die FAR EASTERN ECONOMIC REVIEW steht eben-

falls unter der Drohung eines Vertriebsverbotes, nachdem sie geschrieben hatte, daß die staatliche thailändische Tourismusbehörde indirekt den Sex-Tourismus schütze, um die Devisen aus dem Tourismus-Geschäft nicht zu verlieren.

Nachdem auch internationale Journalisten-Organisationen sich für das JOURNAL stark gemacht hatten, hat der verantwortliche Presseoffizier am 21.11. eine Aufhebung des Verbotes befürwortet.

vgl. BP 22.11.89

## Amnestie für 12 kommunistische Häftlinge

Zweit wegen Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei verurteilte Gefangene wurden am 6. September freigelassen. Möglich geworden war dies durch die Amnestie, die das Parlament auf seiner letzten Sitzung vor der Winterpause am 31.7.89 verabschiedet hatte.

Unter den Freigelassenen ist auch Pirun Chatvanikul, ein in Thailand sehr bekannter Anführer der Studentenbewegung 73-76, der zusammen mit weiteren 22 anderen im Juli 84 verhaftet worden war (siehe SOAI 1/85). Fünf weitere der jetzt Entlassenen waren zusammen mit weiteren 13 im April '87 (siehe SOAI 2/87) verhaftet worden.

Bei der Pressekonferenz aus Anlaß ihrer Freilassung sagte Pirun, daß er einig sei mit dem Militär, daß die

Anti-Kommunisten-Gesetze abgeschafft werden sollten, daß aber das vorgeschlagene Gesetz zur Inneren Sicherheit eine noch größere Kette sei, mit der das Volk gefesselt werde. Er dankte dem Premier als auch den Menschenrechtsgruppen und der Presse, die sich für eine Verabschiedung der Amnestie stark gemacht hätten. Gleichzeitig erinnerte er daran, daß noch etwa 20 weitere Gefangene nicht von der Amnestie profitiert hätten, da sie auch noch für kriminelle Vergehen verurteilt worden sind. Er hoffe aber, daß die Regierung auch diese demnächst amnestieren werde, da sie wegen politischer Gründe verhaftet worden waren (Anm.: z.B. Surachai Sae Darn, siehe SOAI 1/86).

vgl. BP 7.9.89

## Thai-Deutsche Geschäfte

Club Aldiana, eine Tochterfirma der Neckermann Urlaubsreisen, beabsichtigt, in Pranburi, Provinz Prachuab Khirikhan, ein weiteres Clubdorf zu errichten. Voll ausgebaut soll es 3.000 Betten umfassen. Es soll, dem deutschen (!) Umweltbewußtsein entsprechen und sich in die natürliche Umgebung einpassen...

Deutsche Stahlkocher wollen sich an einem integrierten Stahlhütten-Projekt in Thailand beteiligen. Unter der Führung von Korf-Lurgi sollen daran weiter beteiligt sein: Schloemann-Siemag, Hoesch,

Thyssen und die DEG-Bank, während die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die Exportkredite sichern will. Die Hütte soll von der Siam Steel Group betrieben werden, mit einem Investitionsvorhaben von 2,5 Mrd. DM, und soll ein Heiß- und Kaltwalzwerk sowie eine Gießerei umfassen. Korf ist in Thailand für seine guten Kontakte zu Premier Chatichai bekannt.

vgl. BP 8.11.89

